

## **Kundgebung „Freiheit für Julian Assange“, Veranstaltung am 3. Mai 2022 in Stuttgart**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Verteidigerinnen und Verteidiger der Menschenrechte!

2006 gründete Julian Assange zusammen mit anderen Aktivist\_innen die Enthüllungsplattform WikiLeaks. Assange wird von Amnesty International als politischer Gefangener eingestuft. Wie kam es dazu?

Am 5. April 2010 wurde auf WikiLeaks ein Militärvideo veröffentlicht, das US-Kriegsverbrechen im Irak zeigt. Zu sehen ist die willkürliche Ermordung von 12-18 Menschen durch US-Kampfhubschrauberpiloten in Bagdad. Darunter waren auch zwei Journalisten der Nachrichtenagentur Reuters. Das Video, das unter dem Titel „Collateral Murder“ weltweit bekannt wurde, hatte die IT-Spezialistin und damalige US-Soldatin Chelsea Manning zusammen mit vielen anderen Dokumenten an Wikileaks weitergegeben.

Edward Snowden sagte: „Wikileaks ermöglicht Journalisten, mit echten Quellen aus erster Hand zu arbeiten, mit so einem raffinierten System. Das gab es vorher nicht.“

Viele Medien übernahmen in der Folge die Arbeitsweisen von WikiLeaks, d. h. die Möglichkeit für Whistleblower, anonym Daten zu übermitteln. Daten-Journalisten werden beschäftigt.

Julian Assange sagte zum Schutz der Informantinnen und Informanten: „Wir haben niemals eine Quelle preisgegeben und verbrannt.“

Über WikiLeaks wird wichtiges Material zur journalistischen Aufklärung der Öffentlichkeit gesammelt:

- knapp 100.000 Kriegsberichte der amerikanischen Armee aus dem Afghanistan-Krieg
- mehrere 100.000 Dokumente aus dem Irak-Krieg
- 250.000 diplomatische Depeschen aus dem US-Außenministerium

Die wohl wichtigste Quelle: Chelsea Manning. Sie belegte den grausamen Kriegsalltag. Sie wies mehr zivile Opfer nach, als offiziell bestätigt wurden.

Im Juli und Oktober 2010 erfolgten weitere Veröffentlichungen von Militärprotokollen zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak.

Seitdem wurde Assange von Strafverfolgungsbehörden unter Druck gesetzt:

2010: Haftbefehl der schwedischen Staatsanwaltschaft wegen Vergewaltigung. Reise nach Großbritannien, wegen drohender Auslieferung in die USA 2012 Flucht in die ecuadorianische Botschaft.

2016: Baltasar Garzón, spanischer Untersuchungsrichter, bekannt durch den internationalen Haftbefehl gegen Augusto Pinochet 1998, und die UN Working Group on Arbitrary Detention in Genf: Die Botschaftszuflucht Assanges ist eine Form von unrechtmäßiger Haft, die gegen internationale Konventionen verstößt, gegen Artikel 7, 9 und 10 der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte:

7: Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz vor Diskriminierung.

9: Schutz vor Verhaftung und Ausweisung: Niemand darf willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten werden.

10: Anspruch auf ein faires Gerichtsverfahren.

2017: Präsident Moreno hebt Asyl auf, Besuche werden begrenzt und streng kontrolliert. Die spanische Sicherheitsfirma (UC Global) installiert in der ecuadorianischen Botschaft Überwachungskameras und überträgt die Aufzeichnungen den US-Geheimdiensten.

April 2019: Festnahme und Verurteilung zu 50 Wochen Haft wegen Verstoßes gegen Kautionsauflagen, Isolationshaft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Es droht die Auslieferung in die USA.

2021: Ein Gericht in London entscheidet gegen Auslieferung, das Berufungsgericht hebt Entscheidung im Dezember 2021 wieder auf. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft, vielleicht sogar die Todesstrafe.

Premierministerin Theresa May begrüßt 2019 die Verhaftung Assanges im britischen Parlament: „No one is above the law“ – eine zynische Feststellung.

**Anklagepunkte in den USA:** Computer Hacking, Konspiration und Veröffentlichung (Disclosure of National Defense Information), Spionage

**Spionage-Vorwurf:** offener Angriff der CIA auf die Pressefreiheit

-> öffentliche Äußerung von Mike Pompeo, CIA, später Außenminister unter der Trump-Administration: 1. Zusatzartikel zur US-Verfassung ist kein Schutz mehr für Journalisten

**Grundsatzproblem:** alle Journalisten, die über Fragen der nationalen Sicherheit berichten, machen sich strafbar; das Recht, über das mächtigste Land der Welt zu berichten.

Assange wird politisch verfolgt für die Aufdeckung von Kriegsverbrechen, Korruption und Umweltvergehen. Man verfolgt den, der massive Straftaten enthüllt statt die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Und das in demokratischen Staaten wie den USA und Großbritannien. Das zeigt, dass die Menschenrechte keine historische Errungenschaft sind, mit der wir uns zufrieden geben können. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit sind unter Druck.

### **Reaktion der Journalistenverbände in Deutschland:**

- • Reporter ohne Grenzen: Angriffe auf den investigativen Journalismus abwehren, auch in demokratischen Staaten, Freilassung von Assange.
- • Deutscher Journalisten Verband (DJV): Freilassung; Beihilfe zum Landesverrat durch Veröffentlichungen darf nicht als strafbare Handlung verfolgt werden.
- • Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union: Auslieferung wäre massiver Eingriff in die verfassungsmäßig garantierte Pressefreiheit.

- • ähnlich auch der Schriftstellerverband P.E.N.

Ein Poster in London bringt es auf den Punkt: „Free Speech – Except War Crimes“. Das darf nicht passieren.

Was sagt Amnesty International zum Auslieferungsbeschluss vom 20. April?

*Im Fall Julian Assange hat heute ein erstinstanzliches Gericht, der Westminster Magistrates Court in London, den Auslieferungsbeschluss ausgefertigt. Der Beschluss wird jetzt an die britische Innenministerin Priti Patel überstellt.*

*Bereits im März 2022 hatte der britische Oberste Gerichtshof die Berufung von Julian Assange gegen die Auslieferung abgelehnt. Die britische Innenministerin wird nun bis zum 18. Mai 2022 entscheiden, ob sie dem Auslieferungsantrag der USA stattgeben wird.*

*"Eine Auslieferung an die USA würde eine große Gefahr für Julian Assange und für die Pressefreiheit im Allgemeinen darstellen", sagt Beate Streicher, Expertin für internationales Recht bei Amnesty International. Die gegen Julian Assange erhobenen Vorwürfe sind direkt auf die Veröffentlichung von Dokumenten im Rahmen seiner Arbeit mit Wikileaks zurückzuführen. Es handelt sich um Praktiken, die für Investigativjournalisten\_innen und Verleger\_innen ein alltäglicher Teil ihres Berufs sind.*

*Die Veröffentlichung von Informationen, die im öffentlichen Interesse liegen, sind von der Meinungsfreiheit gedeckt und dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem droht Julian Assange die Gefahr von Misshandlungen, zum Beispiel durch Isolationshaft und Sondermaßnahmen. Die diesbezüglichen diplomatischen Zusagen der USA sind hoch problematisch, da sie jederzeit zurückgenommen werden können. Während der Entscheidung über den Auslieferungsprozess hätte Assange überhaupt nicht inhaftiert werden dürfen, sodass er sofort freizulassen ist.*

Wir sind nicht machtlos. Jede und jeder einzelne kann etwas tun und die eigene Meinung äußern. Eine Stimme kann schnell verhallen, viele Stimmen können nicht überhört werden. Bitte unterschreiben Sie die Amnesty-Petition an den US-Justizminister, die Anklage fallen zu lassen.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/vereinigte-staaten-von-amerika-usa-muessen-anklage-gegen-julian-assange-fallen>

Vielen Dank!

Stefan Dröbler

Amnesty International, Bezirk Stuttgart-Nordwürttemberg